

Standort des Dokuments: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Akademiearchiv. Nachlaß  
Eduard Meyer  
Signatur des Dokuments: 329  
Art des Dokuments: Brief  
Ausfertigung: handschriftlich  
Autor des Dokuments: Kahrstedt, Ulrich  
Empfänger des Dokuments: Meyer, Eduard  
Datum des Dokuments: 30.09.1917  
Ort der Niederschrift des Dokuments: ohne (wohl Berlin)  
Volltranskription des Dokuments:

30/9. 17

Sehr verehrter Herr Geheimrat.

Schönen Dank für Ihren Hermesaufsatz und den Brief, der gerade noch rechtzeitig kam, um ihn gleich mit der Übersendung dieser Denkschrift zu beantworten. Die Gefahr für das Kommunalwahlrecht ist natürlich insofern die dringendste, als hier die Folgen nicht nur für bestimmte Klassen und Gebiete in Preussen, sondern für jeden, der nicht direkt zum Proletariat gehört, verhängnisvoll werden müssen, aber ich sehe ebensowenig, wie die anderen Herren in der Kommission, wie nach der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen das Weitergreifen der Radikalisierung auf die Städte noch verhindert werden soll. Diese sind dann der nächste Angriffspunkt und werden auf die Dauer nicht widerstehen können. Das einzige wirkliche Mittel zur Rettung der Städte ist die Verhinderung der Radikalisierung des Staates.

Dass diese nicht aufzuhalten oder nur durch ein Wunder zu vermeiden ist, sehe ich ein, und mit mir alle Jüngerer in der Kommission. (Graef [Gräf, Hg.]-Anklam, Schroeter [der Sekretär des Hauptvereins] etc.) Was versucht werden soll, ist eben, den anderen bürgerlichen Parteien & der Regierung noch so viel Angst vor den Folgen des roten Abgeordnetenhauses zu machen, dass die Vorlage fällt. Die Regierung hat durchblicken lassen, dass es ihr ganz recht wäre, wenn ein Gegenvorschlag mit dem berufständischen Wahlrecht käme. Ob sie dann allerdings die Nerven hat, sich trotz allen Geschreis auf den Boden dieses Gegenvorschlags zu stellen, wenn das Abgeordnetenhaus den Regierungsvorschlag ablehnt, das ist eine andere Frage und ich bin nicht sehr optimistisch. - Innerhalb der Kommission eine Politik vorzuschlagen, wie Sie sie skizzieren, ist kaum möglich, die Kommission ist extrem reaktionär zusammengesetzt, die Berichterstatter sind v Winckler und v. d. Osten, die garkeiner politischen Erwägung zugänglich sind. Wir Jüngerer sind, ohne es uns einander mit nackten Worten zu gestehen, alle auf dem Standpunkt, dass wir hier nichts machen können, aber durch Mitarbeit in der Partei solche Stellung erringen wollen, dass wir später einmal eine weniger doktrinäre Politik durchsetzen können. Jetzt würden wir uns nur durch Verzanken die Möglichkeit späteren Einflusses verrammeln.

Die anderen Vorschläge betr. Geschäftsordnung will ich aber natürlich ausarbeiten und vortragen - verlesen will ich natürlich auch den Rest Ihres Briefes - da liegen die Dinge jetzt schon ganz anders. Das berufständische Herrenhaus - mit numerus clausus - soll, wenn die Abgeordnetenhaus-Vorlage durchgeht, ohnehin von den Konservativen verfochten werden.

Da ist keine Schwierigkeit

In der Denkschrift ist das Material restlos von mir, den Text hat Herr v. d. Osten als Berichterstatter - leider - ganz gemodelt und eine Art Wahlrede daraus gemacht. Da konnte ich aber nichts gegen tun.

Mit den besten Empfehlungen immer Ihr dankbarer UlrichKahrstedt.